

Anwesend:

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

1. Bürgermeister Fritz Langen

2. Bürgermeister Werner Biehl

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordneter Wilfrid Adam

Ratsmitglied Ursula Aljets

Ratsmitglied Holger Barkowsky

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Hans Hartmann

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Ratsmitglied Kurt Lorentz

Beigeordneter Siegfried Neumann

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Margit Stoermer

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Angelika Thwin

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied August Desenz

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Stephan Hellwig

Ratsmitglied Marita Hirsch

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Bernhard Rech

Beigeordneter Prof. Günter Reuter

Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Ratsmitglied Dr. Michael Schadewaldt

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Astrid Mohr

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender

Ratsmitglied Gerold Tholen

Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied der LAW

Ratsmitglied Johann Janssen

Mitglied der NPD

Ratsmitglied Peter Müller

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kotte

Stadtkämmerer Heiko Hoff

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter FB 13 - Arnold Preuß

Fachbereichsleiterin FB 30 - Marion Fiedelak

Fachbereichsleiter FB 61 - Michael Witt

Stellv. Fachbereichsleiter FB 61 - Frank Amerkamp

Sachbearbeiter FB 61 - Jürgen Bauer

Sachbearbeiter FB 61 - Torsten Klebba

Gäste

Fa. Electrabel

Herr Hartmann – Mitglied des Vorstandes

Herr Albers – lokaler Projektverantwortlicher

Herr Dr. Schütte – Rechtsanwalt

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Philipp Panzer

A. Öffentlicher Teil ab Seite 2

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 7

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 3.1.1 56. Änderung, 1. Teilbereich des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelms-haven - RÜSTERSIELER GRODEN NORD - Entwurfsbeschluss
- 3.1.2 Bebauungsplan Nr. 212 - RÜSTERSIELER GRODEN NORD / SÜDLICH NIEDERSACHSENDAMM - Entwurfsbeschluss
- 3.1.3 Bebauungsplan Nr. 31 (vorhabenbezogen)/Vorhaben- und Erschließungsplan 014 (VEP 014) - PARKGARTEN - Aufstellungsbeschluss
- 3.1.4 Bebauungsplan Nr. 94 C / 5. Änderung - GEWERBEGEBIET NIEDERSACHSENDAMM / FRIESENDAMM / FLUTSTRASSE - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: (einstimmig)

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

3.1 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Rech)

3.1.1 56. Änderung, 1. Teilbereich des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven - RÜSTERSIELER GRODEN NORD - Entwurfsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 21.11.2007 vor.

Oberbürgermeister Menzel legte in seiner Stellungnahme die positiven Aspekte der Kraftwerksansiedlung für die Stadt dar und appellierte, die damit verbundenen Chancen zu nutzen.

Herr Schmidt machte auf die Wichtigkeit der Informationsweitergabe an die Wilhelmshavener Bürger aufmerksam, um unbegründeten Zweifeln die Grundlage zu entziehen. So müsse zwar auf die Risiken aufmerksam gemacht werden, doch müsse ebenso erwähnt werden, dass diese sich in allen Bereichen innerhalb der gesetzlichen Rahmen bewegten und zu keiner Zeit eine Gefährdung der Anwohner durch Immissionen jeglicher Art bestehe.

Dieses Vorhaben müsse aufgrund seiner hohen Bedeutung stetig vorangetrieben und immer wieder auch der Dialog mit allen Betroffenen gesucht werden.

Herr Prof. Reuter ging in einer ausführlichen Stellungnahme zum einen auf die Nutzung der Grodenflächen ein, die nunmehr mit diesem ersten Schritt ihrem eigentlichen Zweck zugeführt würden, zum anderen zeigte er die positiven Auswirkungen für die Stadt auf.

Mit den vorliegenden zahlreichen Gutachten und Machbarkeitsstudien, in denen ein breites Spektrum an möglichen Belastungen geprüft worden sei, werde nicht nur der künftige Gestaltungsrahmen festgelegt, sondern auch dem Informationsanspruch der Bürger genüge getan. So werde verdeutlicht, dass sich

die durch den Bau des Kraftwerks entstehenden Belastungen in einem nicht messbaren Rahmen bewegten und damit nicht die zu erwartenden Vorteile überwiegen könnten. An dieser Stelle spreche er der Bauverwaltung für die hervorragende Vorarbeit seinen besonderen Dank aus.

Gegenüber den Skeptikern wolle er auf die positiven Nebeneffekte der Ansiedlung aufmerksam machen. Durch die Industrieansiedlung könne mit vermehrten Einnahmen aus Gewerbesteuern gerechnet werden und damit mit einer Verbesserung der Einnahmesituation. Dies wiederum wirke sich letztlich alle Bereiche der Stadt aus, so dass die Ansiedlung des Kraftwerkes, auch wenn es sich um ein Kohlekraftwerk handele, im Ergebnis für Wilhelmshaven als positiv anzusehen sei.

Herr Biehl hielt dem entgegen, dass zwar gemäß den Gutachten der Ansiedlung eines Kohlekraftwerkes nichts entgegenstehe, dennoch aber auch angesichts der heutigen Klimaproblematik den Forderungen nach alternativen Energien nachgegangen werden sollte. Darüber hinaus mahne er, die Untersuchungen nicht kritiklos hinzunehmen. Zum einen seien auch wissenschaftliche Ergebnisse nicht vor unvorhersehbaren Einflüssen geschützt, zum anderen ergäben viele der Zahlen bei genauer Betrachtung ein wesentlich anderes Bild. Auch im Hinblick der in Aussicht gestellten Arbeitsplätze zeige er sich skeptisch. Ein Stellengesuch der Electrabel in der Zeitung lasse den Schluss zu, dass ohnehin nur einige wenige hoch qualifizierte Stellen vergeben würden und der Mittelstand hier nicht gefragt sei. Aufgrund der vorgebrachten Bedenken lehne seine Fraktion die Ansiedlungsvorhaben von Kohlekraftwerken generell ab.

Herr Janssen machte auf wissenschaftliche Studien aufmerksam, die die Schädlichkeit des CO²-Ausstoßes für das Erdklima belegten. Nachdem er aus einem solchen Bericht zitiert hatte, appellierte er, der Ansiedlung eines Kohlekraftwerkes als ersten Schritt in die falsche Richtung nicht zuzustimmen.

Herr Tjaden erklärte zunächst, für ihn gehe es in diesen Diskussionen nicht nur um die aktuelle Ansiedlung des Electrabel Kraftwerkes mit einem Block; er ziehe die Betrachtung des Maximalfalles mit zwei Kraftwerken mit insgesamt vier Kraftwerksblöcken und entsprechenden Kohleschüttgutlagern vor.

Im folgenden begründete er die Ablehnung dieses Vorhabens durch seine Fraktion auch damit, dass die Masse der Gutachten in der Kürze der Zeit durch die Ratsmitglieder nicht angemessen hätten vorbereitet werden können. Viele der Gutachten seien bereits zu einem viel früheren Zeitpunkt fertig gestellt gewesen und hätten seiner Meinung entsprechend früher in Umlauf gebracht werden können. Anhand verschiedener Beispiele beklagte Herr Tjaden abschließend auch die mangelnde Aktualität der Untersuchungen und zeigte scheinbar widersprüchliche Angaben auf.

Herr Dr. von Teichman verdeutlichte, den derzeitigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen in der Stadt könne nur mit entsprechender wirtschaftlicher Betätigung entgegen gewirkt werden. Um dieses zu erreichen, müsse die Stadt die Chancen als Industriestandort nutzen, dessen Grundlagen mit der Aufspülung des Voslapper Grodens bereits in den 1970er Jahren gelegt worden und mit den Planungen zum JadeWeserPort in Gang gekommen sei. Dennoch müsse auch den Nachteilen des Betriebes eines Kohlekraftwerkes ausreichend Beachtung geschenkt werden. Auf die weitere Verringerung des CO²-Ausstoßes müsse dabei besonders hingewirkt werden. Die Stadt sei zwar allein nicht in der Lage, die Klimaproblematik mit der Entscheidung für oder gegen das Kraftwerk zu lösen, hier sei jedoch jeder einzelne gefragt, seinen Lebenswandel entsprechend zu gestalten.

Herr Neumann vermisste bei den Gegnern des Ansiedlungsvorhabens Vorschläge für Alternativen. Er sehe zwar im neuen Kohlekraftwerk kein Allheilmittel gegen die Strukturschwäche der Region, appelliere aber dennoch, diesem Vorhaben zuzustimmen.

Anhand eines Zahlenbeispiels zeigte er auf, dass die Lücke zwischen herkömmlichen Energieerzeugern wie Atom- oder Kohlekraftwerken und Erzeugern alternativen Energien zu groß würde, sollte künftig auf die herkömmlichen Erzeuger komplett verzichtet werden. Es sei unabdingbar, vor dem Hintergrund schwindender Ressourcen alternative Konzepte voranzutreiben; dies sei jedoch ein langsamer Entwicklungsprozess.

Herr Rech machte auf die Verantwortung des Rates für die Bürger wie auch die Stadt aufmerksam. Da die Stadt nicht mehr nur allein auf die Marine als großem Arbeitgeber aufbauen könne, müsse vermehrt die günstige Lage am seeschifftiefen Fahrwasser ausgenutzt werden. Somit helfe die Kraftwerksansiedlung in gewisser Weise, Wilhelmshaven für alte und junge Menschen gleichermaßen lebenswert zu machen und zu erhalten.

Herr Harms wies darauf hin, dass Electrabel, sollte das Kraftwerk nicht in Wilhelmshaven den Zuschlag erhalten, zwei andere Standortalternativen besäße. Damit würden der Stadt auch die positiven Auswirkungen dieses Vorhabens nicht mehr zur Verfügung stehen.

Oberbürgermeister Menzel bezog sich auf die im Vorfeld geführten Diskussionen und mahnte, vorgefasste Meinungen nicht als objektive Einschätzungen weiterzuverbreiten. Gerade in derart weit reichenden Entscheidungen sei es besonders wichtig, sachlich miteinander umzugehen und statt einer strikt ablehnenden Haltung Alternativen aufzuzeigen.

Herr Weerda appellierte, den Worten nunmehr Taten folgen zu lassen und über das Vorhaben abzustimmen.

Herr Adam stimmte mit Herrn Dr. von Teichman darin überein, dass dieses Vorhaben nicht zuletzt durch die Planungen für den JadeWeserPort erst ermöglicht wurde. In diesem Zusammenhang rief er auf, das Ansiedlungsvorhaben ernst zu nehmen und diesem zuzustimmen.

Herr Janssen hielt den Äußerungen von Oberbürgermeister Menzel entgegen, dass seines Erachtens die Suche nach Alternativen Aufgabe der Verwaltung sei. Zudem könnten Einzelpersonen ohnehin nichts erreichen, selbst wenn entsprechende Vorschläge vorlägen.

Darüber hinaus hätten wissenschaftliche Studien gezeigt, dass es ausreichend Alternativen zur Energiegewinnung aus Kohle gebe. Das Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen könne er ebenso nicht gelten lassen: Am Beispiel Ammerland sei ersichtlich, dass auch ohne Großindustrie eine gute Arbeitsmarktlage ermöglicht werden könne.

Herr Dr. Schadewaldt zeigte sich irritiert hinsichtlich der geführten Diskussionen. Einerseits sollten weder alle Aussagen der Gegner dieser Ansiedlung als polemisch pauschaliert, noch das Vorhaben als uneingeschränkt positiv dargestellt werden. Andererseits sollten jedoch auch die Untersuchungen zum Klimawandel mit der gebotenen Zurückhaltung betrachtet werden.

Herr Janssen bemerkte abschließend, die von ihm zitierten Gutachten seien übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dass der Klimawandel durch den Menschen verursacht sei. Es sei aus seiner Sicht daher eine logische Folge, den Bau des Kohlekraftwerkes abzulehnen.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge mehr gewünscht wurden, **beantragte Herr Ender die namentliche Abstimmung** gemäß § 13 Absatz 4 der Geschäftsordnung. **Der Antrag wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt.**

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Änderung des Geltungsbereiches sowie dem Entwurf der

56. Änderung, 1. Teilbereich des Flächennutzungsplans
- Rüstersieler Groden Nord-

zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

3.1.2 Bebauungsplan Nr. 212 - RÜSTERSIELER GRODEN NORD / SÜDLICH NIEDERSACHSENDAMM - Entwurfsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 21.11.2007 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Änderung des Geltungsbereiches sowie dem Entwurf des

Bebauungsplans Nr. 212
- Rüstersieler Groden Nord / südlich Niedersachsendamm -

zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

3.1.3 Bebauungsplan Nr. 31 (vorhabenbezogen)/Vorhaben- und Erschließungsplan 014 (VEP 014) - PARKGARTEN - Aufstellungsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 21.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die Aufstellung des

Bebauungsplans Nr. 31 (vorhabenbezogen)/
Vorhaben- und Erschließungsplans 014 (VEP 014)
- PARKGARTEN -

im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3(1) und 4(1) BauGB.

3.1.4 Bebauungsplan Nr. 94 C / 5. Änderung - GEWERBEGEBIET
NIEDERSACHSENDAMM / FRIESENDAMM / FLUTSTRASSE - Aufstellungs- und
Entwurfsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 21.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die Aufstellung des

Bebauungsplans Nr. 94 C /5.Änderung
- GEWERBEGEBIET NIEDERSACHSENDAMM / FRIESENDAMM /
FLUTSTRASSE

im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

B. Einwohnerfragestunde

Da keine Fragen vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

C. Nichtöffentlicher Teil

Ein nichtöffentlicher Teil war für die Sitzung nicht vorgesehen.

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin